

Er erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Abonnementspreis monatlich 60 J., 1/2 Jährl. 1.50 J. vierteljährlich 1.00 J. Durch die Post bezogen 1.65 J.

„Die Neue Welt“ (Unterhaltungsbeilage), durch die Post nicht bezugsbar, kostet monatlich 10 J., 1/2 Jährlich 30 J.

Volkshelott

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Naumburg-Weißenfels-Zeit, Torgau-Liebenwerda und die Mansfelder Kreise.

Telephon-Nr. 1047

Redaktion und Expedition: Geiſtſtraße 21, erster Hof parterre rechts.

Telegraphen-Adresse: Volkshelott Halle/Saale.

Inserionsgebühr beträgt für die 5spaltige Zeile oder deren Raum 10 J. für 10malige, bereits und Bestimmung angezeigte 10 J. In redaktionellen Zeilen kostet die Zeile 5 J.

Inserate für die 5malige Nummer müssen spätestens bis vormittags 10 Uhr in der Expedition aufgegeben sein. Eingetragen in die Postzeitungsliste unter Nr. 7309.

Nr. 174

Halle a. S., Donnerstag den 29. Juli 1897.

8. Jahrg.

Die Ablehnung der Vereinsgesetz-Novelle

bildet selbstverständlich den Mittelpunkt der Betrachtungen der Presse.

Die Post hofft auf einen besseren Erfolg rechnen zu dürfen.

Das Wismarblatt, die Berliner politischen Nachrichten, bei deren Hergesell sich unsere halbesche Patria hat, meint:

„Eine Aufhebung des Abgeordnetenhaus ist unthunlich; man mußte an den — bisher immer verfehlten — Reichstag anknüpfen.“

Die Deutsche Tageszeitung, das Organ der Böhm, Sahn und der anderen Böhler, bemerkt:

„Genie fühlt, wie wir die Annahme des Gesetzes behandeln hätten, läßt uns seine Ablehnung, obwohl wir, wenn wir dem Abgeordnetenhaus angehörten, für das Gesetz gestimmt hätten.“

Der fromme, christliche, und für Pastoren geschriebene Reichsbote bemerkt:

„Aber was nun auch nach Ablehnung des Gesetzes geschehen möge: der preussische Staat darf nicht ruhig zusehen, wie seine Grundgesetze von dem Staatsschismatismus, von republikanischer Bestrebungen zerstückelt und das Staatsbewußtsein in dem Herzen des Volkes zerstört wird. In auch das Gesetz von dem verabschiedeten Liberalismus abgelehnt: der Kampf gegen den Umsturz muß auch in Zukunft die Parole für die wahrhaft staatsbewußten Bürger wie für die christlich gebildeten.“

Das ist für Staat und Gesellschaft eine unendlich trübe Zukunft, nur müssen andere Wege eingeschlagen werden. Mit Worten lassen sich die Herr v. S. nicht richtig beseitigen. Parteien nicht überlegen — Abtätigkeiten müssen sein. Die Regierung muß sich nicht helfen durch eine ungeheure, energielose Handlung der ihr zuletzten Mittel auf allen Gebieten — namentlich aber auch auf dem Gebiete der Volkswirtschaft — denn wo diese zerfällt, hat die republikanische Propaganda leichtes Spiel — wie durch eine unglückliche, feindliche und unvollkommene Reichspolitik zur Herstellung wirtschaftlicher und sozialer Mängel.“

Der gefälligen Vorlage darf man daher das Geleit mitgeben, daß aufgegeben und nicht aufgehoben und es noch nicht aller Tage Ferien sind.

Und die Kreuzzeitung glaudt mit ihrem Verze versengenden Glanz ihren moralischen Sieg für die Regierung herausrechnen zu können.

Dies in der Regel am meisten rechtsstehende Organ der konservativen Partei, die christliche P. z. bemerkt höchst gowernamental:

„Das revolutionäre Bewußtsein ist erlosch, und die Demokratie wird nicht stehen, wenn der Reichstag zum Angriff überzugehen. Angesichts dieser Thatlage würden wir es bedauern, daß die Ablehnung des Vereinsgesetzes von der Regierung lediglich mit der Erklärung der Session beantwortet worden ist, denn die letzten Veränderungen in höchsten Staatsämtern in uns nicht die Lösung erweist haben, daß die Regierung mit ihrem Willen die innerpolitische Lage des Staates überwindet und daß sie in entscheidenden Augenblicke klug und entschlossen zu handeln wissen wird.“

Diese Erwägungen sollen uns aber zugleich auch die Forderung lehren, daß der Staat nicht mehr so in unheimlicher Art Kraft zusammenbrechen darf, sondern sich wieder einem festen Volkswort wirklich staatsmännlicher Überlegenheit und unbedingten Entschlossenheit auf Seiten der Regierung gegenüber zu zeigen.

Dies gelangt in die Staatsbürgerzeitung. Sie tröstet sich aber:

„Auch die schiefen Evidenzen des Reichspräsidenten des Staatsoberhaupts und des Reichstages können kann es seinen Zweck mehr unterliegen, daß die Regierung in der nächsten Session mit einem neuen, und zwar härter gefassten Gesetz kommt, daß die Schranken der Ausübung und Schließung gesetzlich ist, jedoch nicht mehr so in unheimlicher Art Kraft zusammenbrechen darf, sondern sich wieder einem festen Volkswort wirklich staatsmännlicher Überlegenheit und unbedingten Entschlossenheit auf Seiten der Regierung gegenüber zu zeigen.“

Die Germania freilich bemerkt:

„Die Mehrheit, mit welcher das Gesetz abgelehnt worden ist, erhebt zwar gering, ist aber ein Stimm. Aber bei der gegenwärtigen Zusammenkunft des Abgeordnetenhauses will es schon sehr viel bedeuten, daß die konservativen Parteien, welche in Preußen und im Reich ein Groß-Vorkommen erreichen wollten, mit diesem ersten Schritte — und es ist in den Organen des neuen Reiches dieser erste Schritt als ein erster Schritt zu einer Volksregierung bezeichnet worden — eine Niederlage erlitten haben, die erste Niederlage des neuen Reiches sogar im preussischen Abgeordnetenhaus, was sehr viel heißen will.“

Sehr auffallend ist auch der freundliche Ton gegenüber den Nationalliberalen, die als Unruher der parlamentarischen Bundes-Gesellschaft an die früher am heftigsten beschuldete Fraktion. Die Germania schreibt nämlich weiter:

Wir können aber auch der nationalliberalen Fraktion des Abgeordnetenhauses die Anerkennung nicht verweigern, daß sie per tota discrimina rerum dennoch am Schluß die Festigkeit und Einmütigkeit durch die Zeit bewiesen hat, welche die nationalliberale Presse in Worten behauptet hat. Wie oft sind die Organe des neuen Reiches dieser erste Schritt als ein erster Schritt zu einer Volksregierung bezeichnet worden — eine Niederlage erlitten haben, die erste Niederlage des neuen Reiches sogar im preussischen Abgeordnetenhaus, was sehr viel heißen will.“

des neuen Reiches eine weitere Gemeinsamkeit der Arbeit, welche durch eine gemeinsame Arbeit zur Erreichung positiver gesetzgeberischer Arbeiten. Mit dieser Hoffnung glauben wir nach unserer offenen Anerkennung für den heutigen Tag wenig ein gerechtes Ziel für die Zukunft gesetzt zu haben.

Die Märkische Volkszeitung, das zweite in Berlin erscheinende Zentrumblatt, nennt die Ablehnung des Abgeordnetenhauses einen „Sieg des Rechts und der Vernunft“.

Die nationalliberale Presse ist natürlich stolz, daß auch ihre Partei einmal eine vollstimmige Stellung eingenommen hat, so schreibt die National-Ztg.:

„Nun darf man sagen: Ende gut, alles gut; die gestern erfolgte Verneinung der Vereinsgesetz-Novelle mit 208 gegen 205 Stimmen hat die Rechte bestätigt, welche mit der Annahmschreibung der Entscheidung eine Stellung verbunden war. Mit Recht hat Graf Limburg-Sturum gestern den Nationalliberalen die Verantwortlichkeit für die Ablehnung der Regierungsvorlage und der Herrenhaus Beschlüsse — mit untererits sagen: das Verdienst dieses Ausganges — geschrieben. Die anderen Fraktionen, welche die Mehrheit bilden hatten, haben sich immer ablehnend gegen gesetzgebende Abwehrmittel wider die Sozialdemokratie gehalten, bis ihnen verhandelt sich eine beratende Stellungnahme danach jetzt von selbst; die Nationalliberalen hingegen haben die Möglichkeit einer Abwehr innerhalb gewisser Grenzen immer anerkannt, wie sie jetzt auch einen positiven Vorschlag in dieser Beziehung, den Ausschluß der Wähler-jährigen aus Veranlassungen, unterzeichnet; deshalb möchte es zweifelhaft erscheinen, ob nicht eine Anzahl von ihnen die Bereitschaft zumittamer und gründlicher Mittel gleichheit gemacht werden konnte; und weshalb ist es ihr Verdienst, daß das Land nunmehr endlich sowohl vor dem Vorwurf der Regierung, als vor dem der Irreführung bewahrt ist.“

Die nationalliberale Wagners Zeitung findet den Ausgang nicht rühmlich für die Regierung.

Tagegeschichte

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse.

Aus Aachen wird vom 24. Juli geschrieben: Zwei Bergarbeiter aus dem Kreise Schöllen in der Eifel hatten sich heute wegen Majestätsbeleidigung vor der Strafkammer des hiesigen kgl. Landgerichts zu verantworten. Bei einem Wirtshausgespräche zwischen den Verantwortlichen und einem Dritten war auch die Rede um Orden und Ehrenzeichen gekommen; bei dieser Gelegenheit sollten beleidigende Äußerungen gegen den jetzigen deutschen Kaiser gefallen sein. Die heutige Verhandlung eracht jedoch, daß sich fragliche Äußerungen auf den Kaiser Wilhelm I. bezogen hätten, weshalb die Angeklagten freigesprochen wurden.

Aus dem Ostbairischen Landtage. Außer den Jützig-Berwaltungsbeamten und den Lehrern erhalten von dem gumtzeiligen Landtage nun auch die Geistlichen ihre Gehaltsaufseherung, und zwar beträgt das Gehalt von jetzt ab außer Episkopal- und Prälatenstellen, die besonders vergütet werden, 1800—3600 M. und freie Wohnung.

Die sozialdemokratische Fraktion trat bei dieser Gelegenheit entgegen und nicht ohne Erfolg für die Trennung der Kirche vom Staat ein. Sämtliche Redner, auch der Minister v. Srenge, ein sonst schlagfertiger Redner, waren nicht im Stande, die Gründe, welche unsere Redner für ihren Antrag ins Feld führen zu konnten. Dem früher liberalen Abgeordneten tief unter Redner entgegen, daß wir mit dieser Forderung eine alte liberale Forderung vertreten. Der Unentschieden zwischen Liberalen und Sozialdemokraten sei jedoch der, daß jene nicht mehr den Mut haben, ihre eigene frühere Forderung zu vertreten, während die Sozialisten sich mit Energie dieses vorantreiben liberalen Kindes annehmen und es groß geben.

Der Herr v. Srenge hervorhob die Gehaltssteigerung damit, daß das feste Gehalte der geistlichen Organisation gegen die unregelmäßigen Bestrebungen von außerordentlichen Augen liege.

Ein freisinniger Geistlicher hat wegen einiger religiöser Zitate meines Redners, die dem Herrn sehr unangenehm gefallen haben mögen, einen Antrag erlassen, mit dem Scherz des Wortes „von Kanzeln den Kampf gegen die Sozialdemokratie aufzunehmen. Druie mußte der stimmungsgerechte Herr herbe Wahrheiten über sich ergehen lassen. Unser Redner sah die Herren Geistlichen zu Deklassifikationsmaßnahmen ein. Wir wollen abwarten, ob die Herr-n darauf eingehen.

Ein Zeugniszwangsverfahren, ähnlich demjenigen, welches kürzlich von der Frank. Zeitung berichtet wurde, ist auch gegen unser Württemberg Parteiorgan eingeleitet worden. Im November v. J. hatte die Märk. Post mitgeteilt, daß der Unrechtfertiger Baumgärtner einer Unterredung gemißhandelt habe. Darauf wurde Klage gegen den verantwortlichen Redakteur angehängt, aber wieder zurückgezogen, da die Militärbehörde die Richtigkeit der Mitteilung erkannte; die erste teile alsdann auf eine Unterredung gegen den Unteroffizier wegen Mißhandlung ein. Anstatt es aber hierbei bewenden zu lassen, will man von dem Gewährsmann der Märk. Post, dem Parteigenossen Hagen in Regensburg,

Auskunft erlangen über die Quelle seines Wissens. Hagen ist bereits früher mit 50 M. Geldstrafe wegen Zeugnisschwärzung bestraft worden und jetzt sind 3 Tage Haft zur Ergründung seines Zeugnisses angeordnet worden.

Anstatt daß die Militärbehörde der Presse dankbar sein sollte für die Aufhellung von Mißständen, verfolgt sie dieselbe vielmehr mit dem Zeugnisschwärzung, um die „Hintermänner“, die sie wohl in der Kaserne vermutet, herauszubekommen.

Ausland

Belgien. In der Deputiertenkammer wird seit mehreren Sitzungen über den Gehaltentwurf, betreffend die Reorganisation der Bürgergarde diskutiert. Nach dem eigenen Geständnis der Regierung soll durch dieses Gesetz das Eindringen der Sozialisten in die Bürgerwehr verhindert werden. Die Herren Bourgeois sind zu ersticht durch die Fortschritte unserer Ideen in der regulären Armee, daß sie die Notwendigkeit fühlen, sich eine Truppe zu schaffen, die sich bereit finden läßt, gegebenenfalls auf die widerpenigen Arbeiter zu schießen. Die reguläre Armee zählt keine Regimenter, die fast ausschließlich aus Anhängern des Sozialismus zusammengesetzt sind. Gelangt das Gesetz auch zur Annahme, so würde doch eine ganze große Anzahl von Sozialdemokraten der Bürgerwehr beitreten. Damit wäre ein neues Feld für die Propaganda eröffnet. Mittelweil wird die antimilitaristische Agitation von der Partei mit großer Eifer fortgesetzt; die für den 15. August in Brüssel beabsichtigte Demonstration gegen den Militarismus dürfte eine Demonstration sein, wie sie Belgien bisher noch nicht gesehen.

Spanien. Warum nicht ein Attentat? Aus Madrid wird berichtet: Während die Königin-Regentin, der König und die Prinzessinnen in einem Gefolge bei San Sebastian spazieren gingen, schob ein junger Mensch in der Nähe auf Bögel. Einige Schrotkugeln schlugen unweit der königlichen Familie ein.

Da ist den Attentatsmachern also einmal eine seltene Gelegenheit entgangen.

— Von einer Bewegung der ausländischen Bewegungen in Kuba und auf den Philippinen ist noch immer, so oft sie auch behauptet wurde, keine Rede.

Soziales

Wergaberbeitung. Der Handelsminister hat jüngst verfügt, es solle in jedem der preussischen Oberbergamtsbezirke eine Kommission berufen werden, welche Mittel und Wege vorschlagen solle, wie den immer mehr überhand nehmenden Ungeheuerlichkeiten in Bergbau durch Stein- und Kohlenfall gestoppt werden könne. In die Kommission sind für den Oberbergamtsbezirk Dortmund eine Anzahl Knappschaftsälteste und Bergwerksbesitzer gewählt. Im Oktober soll die Kommission in Berlin zusammenzutreten, um zunächst ihren Arbeitsplan festzusetzen.

Ein Antrag des Mainzer Fabrikinspektors hat die hiesige Regierung alle Staatsanwälte und sonstige Justizbeamten verpflichtet, in allen Strafsachen wegen Verletzung gegen die in den §§ 16, 105b—h, 106—113, 115, 119a, 120—120c und 134a bis 139b der Gewerbe-Ordnung enthaltenen Bestimmungen dem zuständigen Fabrikinspektor den Inhalt der Strafbefehle oder die Urteilsformel nach Eintritt der Rechtskraft mitzuteilen. Das ist ein erheblicher Fortschritt für die hiesige Fabrikinspektion.

Weibliche Fabrikinspektion in Grobherzogtum Weimar. Während man in Hessen die Aufstellung der weiblichen Fabrikinspektoren auf dem Wege der Gesetzgebung beigeleitet hat, ist die Einführung einer Art weiblicher Inspektion in Weimar einfacher vollzogen worden. Die Fabrikinspektion hatte den Gewerkschaften Vorschlag gegeben, das Geschäft des Landtages zu übernehmen, das im Interesse der Arbeiterinnen dem Inspektor eine weibliche Kraft als Assistenten beigegeben werden möge. Dieses Geschäft wurde damals der Regierung zur wohlwollenden Erwidmung übergeben. Bei der gegenwärtigen Inspektion in den Fabriken hat nun der Inspektor eine weibliche Kraft, die ortsübliche Frau Röhlich, als Begleiterin bei sich. Das Verfahren hat nur den Nachteil, daß die weibliche Inspektion ebenso leicht wieder abgesetzt werden kann, als sie eingeführt wurde. Immerhin ist Weimar der zweite deutsche Staat mit weiblicher Gewerbe Aufsicht.

Zum Studium der württembergischen Einrichtungen zur Erhaltung und Übung des Handwerks, vor allem des Systems der Zunftverfassung für Handel und Gewerbe, beabsichtigt die preussische Regierung in der nächsten Zeit Kommissare nach Württemberg zu entsenden. Dem Handwerk wird natürlich auch dadurch sein neues Leben wieder eingehaucht werden.

